



Personen-Suchergebnisse: Wilhelm II. Kaiser

22. Oktober 1858 – Auguste Viktoria, die spätere Kaiserin, wird in Dolzig geboren

Dolzig * Auguste Viktoria Friederike Luise Feodora Jenny von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, die spätere Ehefrau von Kaiser Wilhelm II., wird in Dolzig in der Niederlausitz geboren.

15. Juni 1888 – Wilhelm II. von Preußen wird Deutscher Kaiser

Berlin * Wilhelm II. von Preußen wird Deutscher Kaiser und übernimmt damit die Macht im Deutschen Reich. Die Kolonialbewegung ist inzwischen zu einem ernstzunehmenden Faktor in der deutschen Innenpolitik herangewachsen. In den Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik entwickelt sich ein Großmachtstreben.

20. März 1890 – Otto von Bismarck wird als Deutscher Reichskanzler entlassen

Berlin * Otto von Bismarck wird von Kaiser Wilhelm II. als Deutscher Reichskanzler entlassen.

Mai 1894 – Kaiser Wilhelm II. tritt Adolf Friedrich von Schacks Erbe an

München-Maxvorstadt * Kaiser Wilhelm II. tritt Adolf Friedrich von Schacks Erbe an. Der Nachlass soll aber in München bleiben. Das ist keineswegs so großzügig wie es den Anschein hat, sondern beruht auf politischem Kalkül. Der Kaiser will mit der Verlegung der Schack-Galerie nach Berlin das seit der Reichsgründung angespannte Verhältnis zwischen Preußen und Bayern nicht noch mehr belasten. Selbstverständlich ist jedoch, dass vor der Galerie in der Brienner Straße - und später an der Prinzregentenstraße - das kaiserliche Hoheitszeichen - der Reichsadler - auf hohen Standarten aufgerichtet wird.

28. Februar 1898 – Admiral Tirpitz erhält den Auftrag zum Aufbau einer Kriegsflotte

Berlin * Admiral Alfred Peter Friedrich Tirpitz erhält von Kaiser Wilhelm II. den Auftrag, eine



Kriegsflotte aufzubauen, um England einzuschüchtern und zu Bündnisverhandlungen zu bewegen.

1899 – Hubert Herkomer wird in den deutschen Adelsstand erhoben

Berlin * Hubert Herkomer wird von Kaiser Wilhelm II. zum Ritter des Ordens Pour le Merite für Künste und Wissenschaft ernannt.

16. Juli 1899 – Das Friedensmonument wird eingeweiht

München-Haidhausen * Für die Einweihungsfeierlichkeiten für das Friedensmonument wird der Tag gewählt, „an dem vor 28 Jahren die bayerischen Truppen ihren Siegeszug in München gehalten“. Gleichzeitig ist der 16. Juli auch der Jahrestag der Mobilmachung der deutschen Truppen anno 1870. Auf der unteren Terrasse ist ein Festzelt aufgestellt worden. Durch Böllerschüsse werden die anwesenden Gäste darüber informiert, dass der Prinzregent die Residenz verlassen hat. An der Brücke empfangen ihn die Vertreter der Stadtgemeinde, von wo aus sich Prinzregent Luitpold durch ein Fahnenpalisade der Veteranen, der studentischen Corporationen, der Turner und Sänger zum Festzelt begibt. Von dort hatte er den Blick auf das noch verhüllte Denkmal und die Terrassenwand, mit seiner eigenen Monumentalbüste in der Mitte. In den beiden Seitennischen sind Porträtbüsten der deutschen Kaiser Wilhelm I. und Wilhelm II. untergebracht.

27. Juli 1900 – Kaiser Wilhelm II. hält seine berühmt-berüchtigte Hunnenrede

Bremerhaven * Kaiser Wilhelm II. hält in Bremerhaven seine berühmt-berüchtigte „Hunnenrede“. Anlässlich der Verabschiedung des deutschen Ostasiatischen Expeditionskorps zur Niederschlagung des Boxeraufstandes im Kaiserreich China spricht der Kaiser die Worte: „Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht!“ „Wie vor tausend Jahren die Hunnen [...] sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in der Überlieferung gewaltig erscheinen lässt, so möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bestätigt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“



31. März 1905 – Kaiser Wilhelm II. besucht die marokkanische Hafenstadt Tanger

Tanger * Während seiner traditionellen Mittelmeerreise besucht Kaiser Wilhelm II. die marokkanische Hafenstadt Tanger. In seiner Rede betont der deutsche Kaiser die „Unabhängigkeit des Scherifenreichs“ Marokko und bietet hierfür den „Schutz Deutschlands“ an. Er beabsichtigt mit seiner Ansprache, Frankreich und Großbritannien über die „Marokkofrage“ zu spalten und fordert eine internationale Konferenz zur Regelung der „Souveränität Marokkos“.

Es kommt zur sogenannten „Marokko-Krise“, die, weil das deutsche Verhalten für Frankreich eine scharfe Provokation darstellt, sofort zu einem Krieg führen könnte. Angesichts dieser drohenden Gefahr gehen die Großmächte auf die Forderung Deutschlands ein und rufen eine internationale Konferenz über die weitere Zukunft Marokkos zusammen.

12. November 1906 – Kaiser Wilhelm II. eröffnet die Ausstellung des Deutschen Museums

München-Lehel * Kaiser Wilhelm II. eröffnet die provisorische Ausstellung des Deutschen Museums im Alten Nationalmuseum an der Maximilianstraße, dem heutigen Museum Fünf Kontinente. Bis 1925 erhalten Besucherinnen und Besucher hier einen Vorgeschmack auf das künftige Museum, bevor die Sammlungen auf die Museumsinsel umziehen.

13. November 1906 – Kaiser Wilhelm II. legt den Grundstein für das Deutsche Museum

München-Isarvorstadt - Museumsinsel * Kaiser Wilhelm II. legt im Beisein des Prinzen Ludwig III. von Bayern den Grundstein für das Deutsche Museum.

13. Dezember 1906 – Mehrheit gegen die Fortsetzung des südwestafrikanischen Kolonialkrieges

Berlin * Bei der Abstimmung im Reichstag kommt eine knappe Mehrheit von 177 zu 168 gegen den Nachtragshaushalt zur Fortsetzung des südwestafrikanischen Kolonialkrieges zustande. Daraufhin lässt Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow - in Einvernehmen mit Kaiser Wilhelm II. - noch am gleichen Tag den Reichstag auflösen.

18. September 1909 – Kaiser Wilhelm II. eröffnet die Schack-Galerie

München-Lehel * Der Deutsche Kaiser und König von Preußen, Wilhelm II., eröffnet die



Schack-Galerie an der Prinzregentenstraße 9. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben: „Als Kunstfreund und Mäcen ist der Kaiser bei uns erschienen, nachdem er erst als oberster Kriegsherr, umgeben vom Glanz seines militärischen Gefolges, die friedlichen Schlachtfelder im Frankenland verlassen“. Im Giebelfeld des neuen Kultur-Tempels, das von massigen Säulen getragen wird, befindet sich der preußische Adler und die Inschrift: „Kaiser Wilhelm II. der Stadt Muenchen zur Mehrung ihres Ruhmes und grossen Kuenstlern zum Gedaechnis“. In diesem Sinne ist auch die kaiserliche Eröffnungsrede gehalten, in der er die wohlgesetzten Worte spricht: „Ich weiß mich eins mit der vaterländischen Gesinnung des Münchner Bürgertums, auf welches ganz Deutschland, von der Meeresküste bis zu den bayerischen Bergen, ein Recht hat, stolz zu sein.“

5. Juli 1914 – Kaiser Wilhelm II. sichert Österreich-Ungarn Unterstützung zu

Berlin * Exakt eine Woche nach dem Attentat von Sarajevo sichert Kaiser Wilhelm II. seinem Verbündeten Österreich-Ungarn die volle Unterstützung zu, auch wenn die Russen ihrem Bündnispartner Serbien zu Hilfe kommen würden. Diese Zusage geht als „Blankoscheck“ in die Geschichte ein, denn für die Habsburger ist damit die Kriegsentscheidung gefallen.

26. Juli 1914 – Betrunkene und fanatisierte Patrioten demolieren das Café Fahrig

München-Kreuzviertel * Am 25. Juli, nur wenige Stunden nachdem Serbien das Ultimatum für Österreich-Ungarns nicht ausreichend devot umgesetzt hat, berauschen sich im Café Fahrig, in der Neuhauser Straße, die Gäste an der Aussicht, dass jetzt Krieg droht. Die Menschen - im Café Fahrig und sonst wo - lassen Bayerns König Ludwig III. und Deutschlands Kaiser Wilhelm II. hochleben. Die Kapelle spielt die „Wacht am Rhein“, „Heil Dir im Siegerkranz“ und viele andere patriotische Lieder. Es wird viel gelacht, gefeiert, gesungen und natürlich getrunken. Weil der Sohn des Gaststättenhabers Franz Fahrig einen Streit unter Gästen schlichten will, lässt er die Musik kurz unterbrechen. Doch plötzlich fliegen Stühle durchs Lokal. Die Polizei wird angefordert und räumt das Café gegen zwei Uhr früh. Die sozialdemokratische Münchener Post schreibt über die Vorgänge: „Durch ungeschicktes Benehmen des Kapellmeisters wurde die betrunkene und fanatisierte Menge wild und demolierte das ganze Lokal“. Doch das ist noch nicht das Ende der Affäre. Wilde Gerüchte sind im Umlauf. Einer erzählt, eine serbische Kapelle hätte den Kaiser und das Reich geschmäht. Der andere hat Spione im Café Fahrig gesehen. Da ist es zu dem Schritt, der Café-Inhaber Franz Fahrig steht mit dem Feind im Bunde nicht mehr weit. Die Volksseele kocht. Um kurz vor drei Uhr fliegt der erste Pflasterstein in eine der Fensterscheiben des Lokals. Am Morgen ist das Café Fahrig innen und außen verwüstet.



27. Juli 1914 – Das Deutsche Reich lehnt britischen Konferenz-Vorschlag kategorisch ab

Berlin * Das Deutsche Reich lehnt den britischen Vorschlag einer Außenministerkonferenz zur Beilegung des Konflikts kategorisch ab und besteht auch weiterhin auf einer Lokalisierung des Konflikts. Der aus dem Urlaub zurückgekehrte Kaiser Wilhelm II. sieht in der serbischen Antwort eine „Kapitulation demütigster Art“, mit der jeder Grund zum Krieg entfallen sei. Sein Auftrag an Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, in Wien entsprechend zu intervenieren, wird von diesem jedoch ignoriert und erst verspätet weitergegeben.

29. Juli 1914 – Österreich-Ungarn beginnt mit der Beschießung Belgrads

Belgrad * Österreich-Ungarn beginnt mit der Beschießung von Belgrad. Zar Nikolaus II. gibt daraufhin den Befehl zur Teilmobilisierung, zieht diesen jedoch - aufgrund eines vermittelnden Telegramms Kaiser Wilhelms II. - wieder zurück.

31. Juli 1914 – Die Königstochter Wiltrud ist stolz auf Bayern und ihren Vater

München-Maxvorstadt * Voller Stolz beschreibt die Königstochter Wiltrud die Situation: „Wie herrlich sticht hervor, dass Bayern doch die größte Selbstständigkeit besitzt gegenüber anderen Staaten, denn im Reiche außer Bayern verhängte den Kriegszustand Kaiser Wilhelm II., hier aber Papa.“

31. Juli 1914 – Ausfuhrverbot von Futtermitteln, Tieren und anderer Waren

Berlin * Gleichzeitig mit der Kriegserklärung erlässt der deutsche Kaiser das „Verbot der Ausfuhr von Nahrungsmitteln aller Art ins gegnerische Ausland“. Damit dürfen nur noch neutrale und die verbündeten Länder Österreich, Ungarn und Türkei sowie die deutschen Truppen im Ausland mit Bier beliefert werden. Das Versandbuch der Paulanerbrauerei macht diese Krise des Exportes deutlich sichtbar. Erst nach beiden Weltkriegen können die Münchner Brauereien in den 1970er Jahren wieder Exportzahlen wie um 1900 erzielen.

4. August 1914 – Die „Kriegskredite“ werden auch von der SPD bewilligt

Berlin * Mit 96 zu 14 Stimmen beschließt die SPD-Reichstagsfraktion die Bewilligung der



Kriegskredite. Hugo Haase, der stellvertretende Vorsitzende der SPD und Kriegskreditgegner, gibt - gegen seine Überzeugung - die Erklärung ab: „Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich“. Kaiser Wilhelm II. gibt daraufhin seine ebenso berühmte Antwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“.

5. September 1914 – Kaiser Wilhelm II. kommt persönlich aufs Schlachtfeld

Nancy * Kaiser Wilhelm II. kommt persönlich aufs Schlachtfeld. Er will Nancy fallen sehen und - wie sein Vater im Jahr 1870 - als Sieger in die Stadt einreiten. Die Stadt Nancy erlebt ihren ersten Luftangriff. Zwei Flugzeuge werfen einige Bomben ab, wobei nur geringe Sachschäden erzielt werden.

11. September 1914 – Die Schlacht an der Marne ist verloren

Marne * Die Marne-Schlacht ist beendet. 250.000 Tote, Verwundete und Gefangene hat die Schlacht auf deutscher Seite gekostet, rund 300.000 auf alliierter Seite. Generalstabschef Helmuth von Moltke erleidet einen Nervenzusammenbruch und sieht den Krieg verloren. Mit dieser Meinung steht er nicht alleine, doch Kaiser Wilhelm II. will einen Siegfrieden und keinen Kompromissfrieden.

13. September 1914 – Die Schlacht um Nancy ist beendet

Nancy * Die Schlacht um Nancy ist beendet - und zugleich der Plan des Kaiser Wilhelms II. gescheitert. Die Bedeutung der Schlacht um Nancy wurde und wird häufig unterschätzt. Wenn die Stadt gefallen wäre, hätten die Deutschen einen freien Weg nach Paris gehabt. Für manche Analytiker ging die Große Schlacht im Westen nicht an der Marne, sondern bereits in Lothringen verloren.

14. September 1914 – Erich von Falkenhayn ersetzt Helmuth von Moltke als Generalstabschef

Berlin * Kaiser Wilhelm II. entlässt Helmuth von Moltke als Generalstabschef und ersetzt ihn durch Generalleutnant Erich von Falkenhayn, einen kühlen Karrieristen und skrupellosen Strategen.



25. Dezember 1914 – In den Staub mit allen Feinden Deutschlands. Amen.

Luxemburg - Charleville-Mézières * Kaiser Wilhelm II. äußert seine Weihnachtswünsche an das deutsche Volk aus dem sich in Luxemburg befindlichen Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung - OHL in Charleville-Mézières. Der Kaiser will das Weihnachtsfest im Kreise seiner Militärs begehen. Seine Ansprache vor dem Weihnachtsbaum beschließt er mit einer Variation des Satzes des preußischen Dichters Heinrich von Kleist, mit dem sein Drama „Der Prinz von Homburg“ schließt: „In den Staub mit allen Feinden Deutschlands. Amen.“

26. Juni 1915 – König Ludwig III. zum preußischen Generalfeldmarschall ernannt

Berlin - München * Kaiser Wilhelm II. ernannt Bayerns König Ludwig III. zum preußischen Generalfeldmarschall.

29. August 1916 – Kaiser Wilhelm II. ernannt die dritte Oberste Heeresleitung - OHL

Berlin * Kaiser Wilhelm II. ernannt Paul von Hindenburg zum Chef des Generalstabs und Erich Ludendorff zum Generalquartiermeister. Dies ist die dritte Oberste Heeresleitung - OHL. Sie wird sich zu Deutschlands wirklicher Regierung - eine Militärdiktatur - entwickeln.

11. November 1916 – Fürstliches Blut für die Ehre des Vaterlandes

Berlin - München * Kaiser Wilhelm II. Beileidstelegramm zum Tode des wittelsbachischen Prinzen Heinrich zielt ausdrücklich auf das „fürstliche Blut“, das der Prinz „für den Ruhm des bayerischen Königshauses und für die Ehre des deutschen Vaterlandes treulich zum Opfer gebracht“ hat.

7. April 1917 – Kaiser Wilhelm II. verspricht die Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts

Berlin * Kaiser Wilhelm II. verspricht in seiner „Osterbotschaft“ die Aufhebung des preußischen Dreiklassenwahlrechts nach dem Krieg.

13. Juli 1917 – Kronprinz Rupprecht: Ludendorff soll politisch gebändigt werden



Lille - München * Kronprinz Rupprecht berichtet seinem Vater, König Ludwig III., es sei „wahrhaft unglaublich, wie es in Berlin zugeht - der Kanzler ist wohl unhaltbar. Ludendorff muss aber unbedingt auf sein militärisches Fach beschränkt werden und darf sich nicht in alle Fragen der inneren und äußeren Politik mengen“. Er bittet seinen Vater zum Kaiser nach Berlin zu fahren, denn es steht „viel auf dem Spiel, um nicht zu sagen Alles!“. Kronprinz Rupprecht fürchtet die Einführung des Parlamentarismus auf Reichsebene am meisten, da das das Ende der Einzelstaaten bedeuten würde.

14. Juli 1917 – Antimonarchische Stimmung durch Kaiser Wilhelm II.

Lille * Kronprinz Rupprecht bedauert in seinem Tagebuch die sich in weiten Teilen des Deutschen Reiches um sich greifende antimonarchische Stimmung. Die Schuld daran gibt er Kaiser Wilhelm II.. „Durch seine fortgesetzten Missgriffe und seine Untätigkeit ist der Kaiser um alles Ansehen gekommen und die Verstimmung geht so weit, dass manche monarchisch gesinnte und ernsthaft denkende Leute bezweifeln, ob die Dynastie der Hohenzollern den Krieg überdauern wird“.

28. Juli 1917 – Offene Propaganda gegen die Glaubensbrüder der verfeindeten Nationen

München - Berlin * Der Feldprobst der bayerischen Armee, der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber, schreibt an Kaiser Wilhelm II., dass „auch die Seelsorge mit dem Schwert des Geistes, das ist mit dem Wort Gottes, das heilige Recht unseres treuen Vaterlandes zu verteidigen und die Seelen zum höchsten Kraftaufgebot zu wecken bemüht war“. Der deutsche Klerus hat sich damit in die Kriegsrhetorik eingefügt und betreibt offen Propaganda gegen die Glaubensbrüder der verfeindeten Nationen. Faulhaber predigt den bayerischen Truppen. Und diese Rhetorik geht so: „Ein Mann nach dem Herzen Gottes handelt nach dem Willen Gottes. Hat man einmal klar erkannt: ‚Das ist Gottes Wille, das ist meine Pflicht, bei dieser Fahne ist mein Platz‘, dann bleibt's dabei, heute und morgen und übermorgen.“

2. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP wird gegründet

Königsberg * Am Tag des Friedens bei Sedan wird die erzkonservative, nationalistische, völkische und antisemitische Deutsche Vaterlandspartei - DVLP von ultrarechten Kräften, darunter Großadmiral Alfred von Tirpitz und dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, gegründet. Innenpolitisch kündigt die Vaterlandspartei den Burgfrieden von rechts auf. Sie plädiert für einen unterdrückenden und



autoritären Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung und greift auch bürgerliche Politiker heftig an, die sich – wie beispielsweise den Zentrums Politiker Matthias Erzberger - für eine Reform des politischen Systems unter Einbeziehung der SPD aussprechen. Die Parteiführung verfolgt den Plan, mit Hilfe eines „starken Mannes“ einen autoritären Staatsumbau einzuleiten und dabei den Reichstag und die Linksparteien auszuschalten. Im äußersten Fall sollte auch der „zu weiche Kaiser“ Wilhelm II. bei einer sich bietenden Gelegenheit für „regierungsunfähig“ erklärt und der weit rechts stehende Kronprinz von Preußen zum Regenten ernannt werden. Außenpolitisch tritt die Vaterlandspartei für einen deutschen Siegfrieden und ein umfassendes Programm direkter und indirekter Expansion ein. Mit ihren Kampagnen gegen einen Verzichtfrieden - oder Judenfrieden genannten Verständigungsfrieden - und gegen Schlappheit und Verrat an der Heimatfront legt die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP den Grundstein für den Nachkriegsdiskurs über die Novemberverbrecher und die Dolchstoß-Legende.

1. November 1917 – Georg Freiherr von Hertling wird zum Reichskanzler ernannt

Berlin * Kaiser Wilhelm II. ernannt den bisherigen bayerischen Ministerpräsidenten Georg Freiherr von Hertling zum Reichskanzler. Er wird Nachfolger von Georg Michaelis, der das Amt nur dreieinhalb Monate inne hatte.

10. März 1918 – Kaiser Wilhelm II. will den Feinden einen Siegfrieden aufzwingen

München * In der Münchener Allgemeinen Zeitung bekennt sich Kaiser Wilhelm II. zu einem „Siegfrieden“, der den Feinden „aufgezwungen“ werden muss. „Völkerbeglückende Weltbürgerschaftsgedanken finden darin keinen Platz. Nur das nackte eigene Interesse und die Garantie eigener Sicherheit und Größe dürfen maßgebend sein“.

26. Juli 1918 – Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet das deutsche Branntweinmonopol

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet das deutsche Branntweinmonopol. Es wird ein Jahr später in Kraft treten und verpflichtet den Staat, kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Brennereien den Alkohol zu einem fixierten Preis abzunehmen, ihn zu reinigen und zu vermarkten.



28. August 1918 – Österreichs Kaiser Karl sieht den Krieg verloren

München * Der österreichisch-ungarische Kaiser Karl besucht König Ludwig III. und schildert diesem „die verzweifelte Lage unserer Mächtegruppe“, was der König mit den Worten „Also haben wir den Krieg verloren“ bestätigt. Der habsburgische Kaiser bittet den König „instandig, in seiner Eigenschaft als ältester und mächtigster deutscher Bundesfürst, Kaiser Wilhelm die Lage klipp und klar zu schildern und kategorisch auf einen möglichst baldigen Friedensschluss zu drängen“. Bayerns König Ludwig III. erklärt sich damit einverstanden.

30. August 1918 – Prinz Max von Baden will das Vaterland retten

Karlsruhe - Berlin * Prinz Max von Baden bringt in einem Brief an Kaiser Wilhelm II. zum Ausdruck, dass er „in eine die Reichsleitung bestimmende Stellung“ gebracht werden möchte, um aus dieser Position heraus „das Vaterland zu retten“.

1. September 1918 – In Bayern herrscht Unzufriedenheit mit der Regierung und dem König

München - Berlin * Karl Georg von Treutler, der preußische Gesandte in Bayern, der als Vertrauter Kaiser Wilhelms II. auch „Die graue Exzellenz“ genannt wird, berichtet an den aus Bayern stammenden Reichskanzler Georg Graf von Hertling. In seinem Schreiben bringt er zum Ausdruck, dass hier eine „ganz ausgesprochene Unzufriedenheit nicht nur mit der Bayerischen Regierung, sondern besonders auch mit der Person Seiner Majestät des Königs“ herrscht. Man macht dem König zwar nicht zum Vorwurf, dass er den Krieg und damit die Katastrophe herbei geführt hat. Dennoch wirft man ihm Machtlosigkeit vor, um das Unheil abzuwenden. Es ist deshalb höchste Zeit, die Form des bayerischen Regierungssystems den Realitäten anzupassen und einem parlamentarischen System volle Entscheidungsgewalt zu gewähren.

10. September 1918 – Kaiser Wilhelm II. spricht in einer Krupp-Werkshalle

Essen * Kaiser Wilhelm II. hält in einer Werkshalle der Firma Krupp in Essen vor einem handverlesenem Publikum eine Propaganda-Rede in der er die weitere bedingungslose Gefolgschaft fordert: „Werdet stark wie Stahl. [...] Wir wollen kämpfen und durchhalten bis zum Letzten.“



12. September 1918 – Der Interfraktionelle Ausschuss will eine Regierungsneubildung

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss, das gemeinsame Gremium von MSPD, Zentrum und Linksliberalen, loten erstmals seit den Januarstreiks aus, welche Gemeinsamkeiten ihnen geblieben sind. In der Sitzung suchen die Mehrheitsparteien gemeinsam nach einem Ausweg, zu dem auf jeden Fall eine Regierungsneubildung gehören muss. Man ist sich einig über die Unglaublichkeit unserer Regierung im Ausland. Mit dem Kaiser, der Obersten Heeresleitung und der Regierung Hertling wird es keinen Verständigungsfrieden geben können. Es wird deutlich, was die Spitze der Mehrheitssozialdemokratie will: keine Revolution, keinen Bürgerkrieg, dafür eine rasche Demokratisierung einschließlich einer gleichberechtigten Arbeiterschaft.

29. September 1918 – Max von Baden wird als künftiger Reichskanzler vorgeschlagen

Spa * Graf Siegfried von Roeder schlägt dem Kaiser Prinz Max von Baden als künftigen Reichskanzler vor. Wilhelm II. findet dagegen „seinen Vetter als einen Mann von weichem, schwankendem Charakter [...], der weder militärisch noch sonst im Leben etwas geleistet“ habe.

29. September 1918 – Ludendorff erhält die Zustimmung für sein Waffenstillstandsgesuch

Spa - Berlin * Staatssekretär Paul von Hintze verhandelt am Vormittag mit Generalquartiermeister Ernst Ludendorff über das weitere Vorgehen. Ludendorffs Forderung nach einem Waffenstillstandsgesuchen binnen 24 Stunden, das unter die Verantwortung der Reichstagsmehrheit gestellt wird, wird - bei aller Gefahr für Heer, Volk, Reich und Monarchie - von Hintze befürwortet. Ludendorff begründet es damit, dass er nicht mehr dafür garantieren kann, eine militärische Katastrophe an der Westfront zu verhindern. Staatssekretär Paul von Hintze will eine „Revolution von oben“ und damit einen vollständigen Systemwechsel vornehmen. Eine Umbildung der jetzigen Regierung lediglich durch Hinzuziehen einiger Parteivertreter hält er nicht für ausreichend. Der Gedanke gefällt Ludendorff, da ein radikaler Bruch mit der bisherigen Regierung die Glaubwürdigkeit gegenüber den Kriegsgegnern erhöhen würde. Der Generalquartiermeister erhält die Zustimmung für das weitere Vorgehen vom Staatssekretär Paul von Hintze und vom greisen Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling. Anschließend informiert Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg gemeinsam mit Staatssekretär Hintze, aber ohne den Reichskanzler, Kaiser Wilhelm II.. Dieser ist sowohl mit der Regierungsumbildung als auch mit dem Waffenstillstandsgesuch einverstanden.



30. September 1918 – Kaiser Wilhelm II. entlässt Reichskanzler Georg Graf von Hertling

Spa * Da der amtierende Reichskanzler der vom Kaiser angekündigten Parlamentarisierung nun im Weg steht, bleibt Georg Graf von Hertling nur noch der Rücktritt, den er umgehend einreicht. Im Entlassungsschreiben macht Kaiser Wilhelm II. deutlich: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“

30. September 1918 – Wilhelm II. verkündet die Errichtung einer parlamentarischen Regierung

Spa * Mit dem sogenannten Parlamentarisierungserlass verkündet Kaiser Wilhelm II. die Errichtung einer parlamentarischen Regierung im Deutschen Reich. Die Regierung soll künftig nicht mehr vom Monarchen, sondern von den Mehrheiten im Reichstag bestimmt werden. Diese Revolution von oben ist allerdings der entscheidende Geburtsfehler.

1. Oktober 1918 – Die OHL setzt Max von Baden als Reichskanzler durch

Spa - Berlin - Karlsruhe * Die Oberste Heeresleitung - OHL übernimmt wieder einmal die politische Führung und setzt bei Kaiser Wilhelm II. - der dagegen „schärfsten Widerspruch“ einlegt - Prinz Max von Baden als Kanzlerkandidat der Krone durch. Umgehend wird der Marschbefehl für den badischen Monarchen zur sofortigen Reise nach Berlin erstellt. Vorsorglich reist Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg gleich mit.

1. Oktober 1918 – Der künftige Reichskanzler trifft in Berlin ein

Berlin * Bereits am Nachmittag trifft der designierte Reichskanzler Max von Baden in Berlin ein, wo ihm Kaiser Wilhelm II. erklärt, was er von ihm erwartet.

3. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. ernennt Prinz Max von Baden zum Reichskanzler

Berlin * Kaiser Wilhelm II. ernennt Prinz Max von Baden, zum Reichskanzler des Deutschen Kaiserreichs. Dieser nimmt Staatssekretäre des Zentrums, der Liberalen und der Sozialdemokraten in seine Regierung auf.



6. Oktober 1918 – Wenig Ängste vor der Abdankung des Kaisers

Berlin - München * Der bayerische Gesandte am Kaiserhof, Hugo Graf von Lerchenfeld, berichtet in einem Brief an den Ministerpräsidenten Otto von Dandl: „Wenn etwa der Frieden von der Abdikation [= Abdankung] abhängig gemacht werden sollte, so würde der Kaiser ohne Zweifel in den Schritt einwilligen. Selbst in den königstreuesten Kreisen der Hauptstadt wird die Abdikation als ein unter Umständen nicht abwendbarer Schritt besprochen.“

11. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. will wieder mitregieren

Berlin * Kaiser Wilhelm II. will wieder mitregieren. Vom 11. bis 13. Oktober erscheint er täglich in der Reichskanzlei zur Unterredung mit Reichskanzler Max von Baden.

12. Oktober 1918 – Die erste öffentliche Rücktrittsforderung an den Kaiser

Berlin * Die rechtsorientierte Deutsche Zeitung aus Berlin distanziert sich als erste Zeitung von Kaiser Wilhelm II.: „Wer sich das Zepter aus der Hand winden lässt, der kann es nicht führen. Für uns gibt es nur die Frage, was wird aus unserem Reich?“ Die übrigen Zeitungen halten sich noch bis Ende Oktober an das Verbot, nichts über Rücktrittsforderungen an den Kaiser zu berichten.

13. Oktober 1918 – Weitreichende Forderungen der bayerischen SPD

München-Au * Auf dem Münchner Parteitag der SPD im Franziskaner-Keller an der Hochstraße forderte der Chefredakteur der Fränkischen Tagespost, Adolf Braun, die Abdankung des Kaisers. Unterstützung erhält er von dem Nürnberger SPD-Landtagsabgeordneten Ernst Schneppenhorst, der gleichzeitig auch den Rücktritt des bayerischen Königs Ludwig III. fordert. Erhard Auer versucht dagegen seine Parteigenossen zu beschwichtigen und plädiert zum Abwarten, bis die Zeit reif ist für einen Regierungswechsel auf legalem Weg. Abschließend beschließt der Parteitag die Abschaffung der Monarchie, die Einführung des Acht-Stunden-Tages, das Wahlrecht für beiderlei Geschlecht und die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Der SPD-Landesparteitag fordert aber auch die Überführung Deutschlands in einen Volksstaat mit vollkommener Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.



17. Oktober 1918 – Drohungen und Drohbriefe an die königliche Familie

München * Prinzessin Wiltrud sieht der politischen Realität ganz bewusst ins Auge, als sie schreibt: „Die politische und militärische Lage ist seit einigen Wochen sehr beunruhigend für uns. [...] Unsere Truppen sollen nicht mehr recht kämpfen mögen. Wenn der Geist von 1914 noch in ihnen wäre, würden sie dem Feind besser standhalten können. Die 18-jährigen halten eben viel weniger aus als die Männer von dazumal. [...] Man muss jetzt mit allem rechnen, dass der Kaiser und der Kronprinz abdanken müssen, dass vielleicht Papa und der Kaiser Karl abdanken müssen, dass es Revolution gibt, dass die gekrönten Häupter nur eine Rolle der Repräsentation spielen dürfen wie König Georg von England. [...] Die Ungerechtigkeit wird diesmal wohl siegen. [...] Deutschland wird sich demokratisieren, Österreich im besten Falle Staatenbund werden. [...] Vielleicht ist die Demütigung Deutschlands zum Heil des Volkes, und wenn sich dies in dieser ersten Zeit fängt, dann kann aus der Rückkehr zur Einfachheit viel Gutes entstehen.“ Vorausgegangen war eine erlebte Situation. Als sie mit ihrem Vater durch die Maximilianstraße fährt, schreit ein Arbeiter: „Dank ab!“. Eine neben ihm stehende Frau hält dem Rufer den Mund zu, um weitere Gefühlsausbrüche zu unterbinden.

19. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. könnte nie fahnenflüchtig werden

Berlin * Bei einer Unterredung zwischen Reichskanzler Max von Baden und Kaiser Wilhelm II. äußert dieser, „dass er nie daran denken könne, fahnenflüchtig zu werden. Er wisse auch, dass wenn für ihn als Kaiser und König von Preußen Gefahr drohe, sein Volk und seine Armee sich um ihn scharen würden“. Der mit anwesende bayerische Gesandte am Kaiserhof, Hugo Graf von Lerchenfeld, bringt den Mut auf und weist den König darauf hin, „dass es noch andere Elemente im Reich“ gibt.

23. Oktober 1918 – Der Kaiser ist über den US-Präsidenten verärgert

Berlin * Kaiser Wilhelm II. ärgert sich über das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson in dem er die „Abdikation [= Abdankung] bisheriger Machthaber“ fordert mit den Worten: „Nun hat er die Maske fallen lassen. [...] Da soll er was erleben.“

23. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson will ein republikanisches Deutschland

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson erklärt sich in seiner Antwort auf das



Schreiben vom 20. Oktober nur zur Aufnahme von Waffenstillstandsgesprächen gemeinsam mit den Regierungen der Alliierten bereit, wenn der deutsche Verhandlungspartner eine vom Volk gewählte Regierung ist. Die amerikanische Regierung will „mit keinen anderen als wahrhaften Vertretern des deutschen Volkes verhandeln“. Aus ihrer Sicht gibt es bislang aber keinen Hinweis dafür, dass „die Grundsätze einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind“ und die Systemänderung im Deutschen Reich auf Dauer sein wird. Die Amerikaner geben deutlich zu erkennen, dass sie gegenüber einem republikanischen Deutschland oder zumindest einem Deutschland ohne Kaiser mehr Nachsicht üben würden. Sie setzen offenbar aber auch darauf, dass jeder zusätzliche Kriegstag die Position des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten weiter schwächen und die Friedensbedingungen für die USA positiver gestalten würden.

24. Oktober 1918 – Der Kaiser merkt nichts von der Wut und Verachtung gegen ihn

Bern * Der Diplomat Harry Graf von Kessler, der von Bern aus die Vorgänge im Deutschen Reich beobachtet, notiert: „Dass der Kaiser fort muss, wird jetzt so gut wie allgemein anerkannt; nur er selbst tut noch immer so, als ob er Nichts merkte. Vielleicht merkt er in der Tat Nichts von der Wut und Verachtung, die gegen ihn emporsteigen.“

24. Oktober 1918 – Hindenburg und Ludendorff wollen den Kaiser überzeugen

Spa - Berlin * Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Erich Ludendorff verlassen entgegen der Anweisung des Reichskanzlers Max von Baden das Hauptquartier in Spa. Sie wollen Kaiser Wilhelm II. von ihrem Vorhaben überzeugen.

25. Oktober 1918 – OHL: Die diplomatischen Beziehungen sollen beendet werden

Berlin * Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Erich Ludendorff drängen Wilhelm II. dazu, die diplomatischen Beziehungen und den Notenwechsel mit dem US-Präsidenten Woodrow Wilson sofort zu beenden. Der Kaiser, der vom Staatssekretär des Äußeren, Paul von Hintze, vom Gegenteil überzeugt und eingeschworen worden war, geht auf die Forderungen nicht ein. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, bieten die beiden Offiziere ihren Rücktritt an. Doch auch der bettlägerige Reichskanzler Max von Baden droht am selben Abend seinen Rücktritt an, falls „ein Wechsel in der Obersten Heeresleitung nicht möglich ist“. Der Kaiser ist inzwischen auch darüber informiert worden, dass Ludendorff seit Frühjahr



und Sommer 1918 von einem Großteil der Heerführer als überaus negativ angesehen wird.

26. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. verkündet den Übergang zur parlamentarischen Monarchie

Berlin * Kaiser Wilhelm II. verkündet den Übergang zur parlamentarischen Monarchie. Die Kommandogewalt geht nun vom Kaiser auf den Reichskanzler als Chef der Regierung über, der künftig seinerseits der Kontrolle durch den Reichstag unterworfen ist. Eine Gewerkschaftszeitung schreibt: „Herrlich, es ist das eingetreten, was unsere Alten verheißen haben!“

26. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. kontert Ernst Ludendorffs Rücktrittsdrohung

Berlin * Kaiser Wilhelm II. entlässt den Generalquartiermeister Ernst Ludendorff im Schloss Bellevue nach dessen Rücktrittsdrohung mit den Worten: „Na, wenn Sie durchaus gehen wollen, dann meinetwegen“. Dies geschieht auch aufgrund seiner Verärgerung über Ludendorffs politisches Manöver gegen den Reichskanzler Max von Baden und seinem eigenmächtigen Armeebefehl vom 24. Oktober. Das Rücktrittsgesuch des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg ignoriert Kaiser Wilhelm II. und bittet ihn sogar in der Obersten Heeresleitung - OHL im Amt zu bleiben. Sein Rückhalt in der Bevölkerung ist noch so groß, dass man seine Entlassung fürchtet. Hindenburg entspricht dem Wunsch des Kaisers und lässt Ernst Ludendorff fallen wie die berühmte heiße Kartoffel. Der geschasste Generalquartiermeister fühlt sich derart verletzt und hintergangen, dass er sich sogar weigert, gemeinsam mit Hindenburg im Auto nach Spa zu fahren. Mit dem Rauschmiss Ludendorffs will der Kaiser aber auch gegenüber den USA glaubhaft machen, dass im Deutschen Reich neue Männer das Ruder übernommen haben.

28. Oktober 1918 – Neue politische Verhältnisse und der alte Kaiser

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten betonen in einem mit „Der Kaiser und die neue Zeit“ überschriebenen Leitartikel, dass die neuen politischen Verhältnisse „alle Grundlagen seiner Auffassung vom Herrscherberuf über den Haufen“ geworfen hätten. Daraus sollte jetzt die Folgerung gezogen werden. Sonst entsteht ein innerlich unwahrer Zustand, der über kurz oder lang zu Konflikten führen müsse. Das ist zwar noch eine sehr verklausulierte und versteckte politische Kritik an Wilhelm II., aber damit wird das sich selbst auferlegte Verbot, den Kaiser nicht anzugreifen oder zu demontieren, immer öfter durchbrochen.



28. Oktober 1918 – General Max von Gallwitz soll Diktator werden

Potsdam * Prinz August Wilhelm bittet seinen Vater, Kaiser Wilhelm II., den General Max von Gallwitz „zum Diktator zu machen“.

28. Oktober 1918 – US-Präsident Woodrow Wilson verlangt die Abdankung des Kaisers

Washington - Berlin * Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson verlangt die Abdankung des Kaisers als Voraussetzung für Friedensverhandlungen. Kaiser Wilhelm II. denkt aber nicht im geringsten an Rücktritt.

28. Oktober 1918 – Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsverfassung unterzeichnet

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet den Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsverfassung, der am 4. November veröffentlicht wird. Damit tritt die Änderung der Verfassung von 1871 in Kraft. Die wesentlichste Bestimmung lautet: „Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags“. Damit ist das Deutsche Reich eine Parlamentarische Monarchie. Außerdem sagt der Kaiser seine loyale Zusammenarbeit mit der Volksvertretung und der von dieser gestellten Regierung an. Auf Rücktrittsforderungen geht er mit keinem Wort ein.

29. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. macht dem Reichskanzler Vorwürfe

Berlin * Kaiser Wilhelm II. nimmt dem Reichskanzler Max von Baden übel, dass er den Generalquartiermeister Erich Ludendorff entlassen musste. Wilhelm II. schreibt ihm: „Ludendorff hat, um Dir die Situation zu erleichtern, gehen müssen.“ Und weiter: „Sein Fortgehen ist militärisch ein schwerer Verlust fürs Heer.“

30. Oktober 1918 – Reichskanzler Max von Baden will jetzt auch, dass der Kaiser abdankt

Berlin * Auch Reichskanzler Max von Baden hält nun endlich die Abdankung des Kaisers für notwendig und will in diesem Sinne auf Wilhelm II. einwirken.

30. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. flieht vor der Abdankungsdebatte



Potsdam - Spa * Kaiser Wilhelm II. verlässt unabgemeldet und überstürzt seine Hauptstadt und begibt sich ins Große Hauptquartier der Obersten Heeresleitung - OHL nach Spa, wo er von seinen ihm treu ergebenen Militärs umgeben ist. Er entzieht sich damit den als taktlos empfundenen Abdankungsdebatten in der Hauptstadt. Aber erst, nachdem man sich darüber Gewissheit verschafft hatte, dass die OHL alles tun werde, um einer Abdankung des Kaisers entgegenzuwirken.

31. Oktober 1918 – Die Thronentsagung kann und darf nur eine freiwillige sein

Berlin * Im Kabinett erklärt Reichskanzler Max von Baden, er wird den Kaiser über die Frage der Abdankung fortwährend in geeigneter Form aufklären, muss sich aber dafür Handlungsfreiheit ausbedingen. Die Thronentsagung kann und darf „nur eine freiwillige sein“.

31. Oktober 1918 – Keiner will dem Kaiser die Abdankungs-Nachricht überbringen

Berlin * Statt endlich den Pflichten seines Amtes als Reichskanzler nachzukommen und den Kaiser über den Ernst der Lage genau und umfassend zu informieren, versucht Prinz Max von Baden diese Aufgabe zu delegieren. Er selbst will es dem Kaiser keinesfalls sagen, da er sich als badischer Thronfolger und deutscher Fürst nicht dazu berufen fühlt. Viel lieber möchte der Reichskanzler dazu Großherzog Ernst Ludwig von Hessen gemeinsam mit Hugo Graf von Lerchenfeld, der mit einem Mandat des bayerischen Königs Ludwig III. ausgestattet werden soll, in das OHL-Hauptquartier nach Spa zu Kaiser Wilhelm II. schicken. Doch sowohl der Großherzog als auch der bayerische Gesandte am Kaiserhof erteilen dem Reichskanzler eine Abfuhr. Bei Großherzog Ernst Ludwig sind es nicht überlieferte persönliche Gründe. Graf Lerchenfeld wird dagegen vom Ministerpräsident Otto von Dandl zurückgepfiffen, weil „Rücksichten auf monarchische Empfindungen“ gegen diese Aktion sprechen und es im Falle einer Ablehnung des königlichen Rates zu „bedenklichen Folgen“ für die künftigen Beziehungen der beiden Länder kommen könnte. Im Übrigen ist aus bayerischer Sicht allein der Reichskanzler zu dieser Aufgabe berufen und sogar verpflichtet, „die Initiative zu ergreifen“. Reichskanzler Max von Baden nimmt daraufhin den preußischen Innenminister Bill Drews in die Pflicht als Beamter und schickt ihn als Vorbote nach Spa. Auch Prinz August Wilhelm von Preußen und Prinz Friedrich Karl von Hessen-Kassel lassen den Reichskanzler im Regen stehen, sodass das ganze Unternehmen kläglich scheitern wird.

31. Oktober 1918 – Die Stellung des Kaisers ist eine ganz unhaltbare geworden



Lille * Der bayerische Kronprinz Rupprecht legt seine Gedanken zur möglichen Abdankung des Kaisers in seinem Tagebuch nieder: „So bedauerlich es hinsichtlich des monarchischen Ansehens ist, wenn ein Fürst zur Abdankung genötigt wird, scheint mir die Stellung des Kaisers eine ganz unhaltbare geworden zu sein, da er beim Volke jedes Vertrauen und Ansehen verloren hat und täglich heftigere Angriffe in der Presse - nicht bloß in der sozialistischen - gegen ihn erfolgen.“ Und an anderer Stelle: „Ich fürchte aber, es wird nur beraten und nicht gehandelt, indes die Gefahr der Revolution immer drohender empor wächst. Sogar in dem sonst so ruhigen Bayern gärt es bedenklich.“

1. November 1918 – Der Kaiser kanzelt Innenminister Bill Drews ab

Spa * Zwischen 14 und 16 Uhr findet das Gespräch zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem preußischen Innenminister Bill Drews statt. Reichskanzler Max von Baden hat den Innenminister zu diesem Gespräch verpflichtet. Die zur weiteren Unterstützung avisierten Hochadeligen haben alle ihre Teilnahme abgesagt. Aus einer Niederschrift vom 3. November geht hervor, dass der Kaiser den „preußischen Beamten und Untertan“ ziemlich abgekanzelt hat. „Wie denken Sie sich die Sache, was wird? Meine Söhne haben mir in die Hand versprochen, dass keiner von ihnen meine Stelle annimmt. Also mit mir tritt das ganze Haus Hohenzollern zurück.“

1. November 1918 – Der Reichskanzler ist auf allen Gebieten politisch gescheitert

Spa - Berlin * Die nächste Gardinenpredigt erteilt Kaiser Wilhelm II. dem Reichskanzler Max von Baden per Telefon. Das Gespräch nimmt den badischen Prinzen so mit, „dass er in einen Zustand krankhafter Erregung geriet“. Der Reichskanzler ist auf allen Gebieten politisch gescheitert.

1. November 1918 – Kronprinz Rupprecht warnt vor der Gefahr einer Revolution

Lille * Kronprinz Rupprecht warnt aus seinem Standort Lille an der Westfront vor dem außerordentlichen Ernst der Lage und sieht ein Übergreifen der revolutionären Bewegungen, die in Norddeutschland sich vorbereiten, auch auf das Königreich Bayern. Er bittet seinen Vater König Ludwig III. inständig: „Könntest Du nicht den Kaiser aufsuchen und ihn zu einem Beschlusse bewegen oder ihm doch wenigstens Deine Auffassung der Lage brieflich mitteilen“. Obwohl der greise König gegen die Abdankung des ungeliebten Kaisers keine Einwände erhebt, bleibt er dennoch passiv und untätig.



3. November 1918 – Wilhelm II. denkt nicht an Abdanken

Spa * In einer Niederschrift über das von Reichskanzler Max von Baden beauftragte Abdankungs-Ansinnen an Kaiser Wilhelm II. versichert dieser, dass er auf seinem Posten bleiben will. „Ich denke gar nicht daran abzdanken. Der König von Preußen darf Deutschland nicht untreu werden und in dieser Stunde am allerwenigsten; ich habe auch meinen Eid geschworen und den werd' ich halten. Ich denke gar nicht daran, den Thron zu verlassen wegen der paar Hundert Juden und der tausend Arbeiter.“

4. November 1918 – Kaiser Wilhelm II. verweigert Kronprinz Rupprecht den Oberbefehl

Lille * Kaiser Wilhelm II. besucht die 4. Armee und lehnt einen Rücktritt und Amtsverzicht ab. Die Bitte des bayerischen Kronprinzen Rupprecht, um Übertragung des Oberbefehls an der Tiroler Grenze, um Bayern vor dem Vordringen der Italiener zu schützen, lehnt der Kaiser ab.

6. November 1918 – Ebert: Die letzte Gelegenheit zur Rettung der Monarchie

Berlin * Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert erscheint in der Reichskanzlei, wo sich auch Generalquartiermeister Wilhelm Groener befindet. Ebert, der die Monarchie als solche noch immer retten will, fordert ultimativ die Abdankung des Kaisers, „wenn man den Übergang der Massen in das Lager der Revolutionäre verhindern will“. Das, so Ebert weiter, ist „die letzte Gelegenheit zur Rettung der Monarchie“. Als Groener den Vorschlag als indiskutabel ablehnt, erklärt Ebert: „Wir danken Ihnen, Exzellenz, für die offene Aussprache und werden uns stets gern der Zusammenarbeit mit Ihnen während des Krieges erinnern. Von nun an trennen sich unsere Wege. Wer weiß, wo wir uns je wieder sehen werden.“

7. November 1918 – Abdankung oder Revolution

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden bittet Friedrich Ebert zu einem Vieraugengespräch in die Reichskanzlei. Max von Baden will Kaiser Wilhelm II. im Hauptquartier der Obersten Heeresleitung - OHL in Spa zum Thronverzicht auffordern. Er will von Ebert wissen: „Habe ich Sie dann auf meiner Seite im Kampf gegen die soziale Revolution?“. Ebert antwortet ganz unzweideutig: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.“ Die Reise findet nicht mehr statt. Die Revolution ist schneller.



7. November 1918 – Die Stimmung beim Abendessen ist eher gedrückt

München-Graggenau * Die vom Spaziergang heimkehrenden Prinzessinnen werden mit Parolen wie: „Der Kaiser soll abdanken! Nieder mit Wilhelm! Nieder mit dem Haus Wittelsbach! Nieder mit der Dynastie! Nieder mit dem Haus Habsburg! Die Republik soll leben!“ konfrontiert. Auch „Vom Millibauern, Papas Spitznamen, schrien sie etwas.“ Diese und weitere Wahlsprüche vermerkte Prinzessin Wiltrud jedenfalls in ihrem Tagebuch. Die Stimmung beim Abendessen ist eher gedrückt. Es gibt Hirschkalbsbraten, Kartoffelnudeln und Erbsen. Prinzessin Wiltrud greift beherzt zu: „Ich nahm zwei Stücke, denkend es ist gut, wenn man bei Kräften ist, wer weiß, wann wir wieder ein solches Essen bekommen.“

9. November 1918 – Der Kaiser ist über den Verrat empört

Spa * Als Kaiser Wilhelm II. im Hauptquartier der Obersten Heeresleitung von den Vorgängen in Berlin erfährt, ist er empört über den „Verrat“ des Prinzen Max von Baden. Auf den dringenden Rat des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg sucht der Kaiser um politisches Asyl in den Niederlanden nach.

10. November 1918 – Bauernführer Ludwig Gandorfer verunglückt tödlich

Schleißheim * Der blinde Bauernführer Ludwig Gandorfer wird von Kurt Eisner beauftragt nach Niederbayern zu fahren, um die Ablieferung und den Transport der Lebensmittel nach München zu organisieren. Die Fahrt wird in einem vom Soldatenrat beschlagnahmten Auto erfolgen. Es ist der Fiat des Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, ein Verwandter Kaiser Wilhelms II.. In der Nähe von Schleißheim kommt das mit sieben Personen besetzte Fahrzeug in einer Kurve von der Straße ab, prallt gegen einen Baum und stürzt die Böschung hinab. Ludwig Gandorfer, der mit zwei Begleitern auf der Rückbank sitzt, wird aus dem Automobil geschleudert und stirbt am Unfallort an einem Schädelbruch. Der Unfall wird in der Bevölkerung als rätselhaft empfunden: Da ist die Streckenführung nach Niederbayern vom Landtag über Schleißheim, das Unfallauto verschwindet spurlos und taucht nie mehr auf, weder das Unfallprotokoll noch die Aussagen der Überlebenden sind auffindbar. Es gibt Gerüchte, wonach die Leichenfrau auf Gandorfers Stirn einen Einschuss gesehen haben will. Sein Nachfolger als Vorsitzender des Bayerischen Bauernbundes - BBB wird sein Bruder Karl Gandorfer.



10. November 1918 – Kaiser Wilhelm II. in Holland angekommen

Berlin * Ex-Kaiser Wilhelm II. ist nach seiner Flucht in Holland angekommen.

14. November 1918 – Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin dankt ab

Schwerin * Fünf Tage nach Kaiser Wilhelm II. muss auch Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin abdanken.

26. Juli 1919 – Das deutsche Branntweinmonopol tritt in Kraft

Deutsches Reich * Das deutsche Branntweinmonopol tritt in Kraft. Es verpflichtet den Staat, kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Brennereien den Alkohol zu einem fixierten Preis abzunehmen, ihn zu reinigen und zu vermarkten. Es war bereits ein Jahr zuvor von Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet worden.
